

56 Cent, 15 Jahre lang – aber ...

Die Niederlande fördern erstmals die Einspeisung von Solarstrom – in homöopathischen Dosen

Tausende kleine Photovoltaikanlagen gibt es in den Niederlanden, auf etwa 50 Megawatt beläuft sich ihre Gesamtleistung. Ein neues Gesetz erlaubt ab April sogar die Vergütung von eingespeistem Solarstrom – doch die bestehenden Anlagen bleiben außen vor. Stattdessen wird die Regelung den Bau neuer Mini-Anlagen forcieren. Doch nicht nur deshalb wird der niederländische Solarmarkt wohl klein bleiben.

Zuerst eine gute Nachricht: Vom 1. April an wird es in den Niederlanden eine Einspeisevergütung für Solarstrom geben und zwar unterm Strich in Höhe von 56 Cent pro Kilowattstunde – für einen Zeitraum von 15 Jahren. Die Vergütung setzt sich zusammen aus einem Tarif für das Net-Metering – voraussichtlich 23,40 Cent pro Kilowattstunde – und einer direkten Subventionierung, die bei 33 Cent pro Kilowattstunde liegen soll, wie die niederländische Wirtschaftsministerin Maria van der Hoeven (Christdemokraten) in einem Brief an das Parlament schreibt. Bis Redaktionsschluss hatte die Tweede Kamer, das Unterhaus des Parlaments, das Gesetz zwar noch nicht verabschiedet, ihre Zustimmung galt jedoch als sicher.

Jetzt sechs schlechte Nachrichten. Erstens: Unter die »Stimulierungsregelung Duruzame Energie« (SDE – Anreizregelung für erneuerbare Energie) fallen nur Photovoltaikanlagen der Klasse von 0,6 bis 3 Kilowatt Leistung. Zweitens: Die Einspeisevergütung wird aus dem Staatshaushalt gezahlt, für 2008 stehen insgesamt 2,8 Millionen Euro zur Verfügung. Drittens: Es werden höchstens 850 Kilowattstunden pro Kilowatt Anlagenleistung und Jahr vergütet. Viertens: Wer schon heute eine Solaranlage sein Eigen nennt, geht



Alles Käse, oder was? Wenn die Niederlande jemals zum Solarland werden sollten, dann sicher nicht mit der jüngst verabschiedeten Einspeiseregulierung.

leer aus, nur neu errichtete Anlagen werden gefördert. Fünftens: Wer die staatlichen Zuschüsse zuerst beantragt, mahlt zuerst. Das ist nicht unerheblich, weil – sechstens – in diesem Jahr nur zehn Megawatt gebaut werden sollen, also zwischen 3.000 und 16.000 Anlagen. Bis 2011 liege das Solarziel bei insgesamt 80 Megawatt, schreibt die Wirtschaftsministerin. Denn Jahr für Jahr solle der Zubau um fünf Megawatt erhöht werden.

»Die Absicht ist, maximale Lerneffekte zu schaffen und nicht zuviel Steuergelder dafür auszugeben«, begründet Ministeriumssprecher Jan van Diepen das Konzert der Einschränkungen. Wo solche Lerneffekte allerdings liegen sollen, das ist den Kennern der niederländischen Solarszene – schätzungsweise gibt es 30.000 kleine, netzgekoppelte Anlagen – ein Rätsel. »Ein Montagegestell, Module aus China und ein kleiner Wechselrichter? Was ist daran innovativ? Nichts ist daran innovativ!«, schimpft Peter Segaar. Er kämpft

mit seiner Internetseite www.polderpv.nl seit Jahren für eine Einspeiseregulierung nach deutschem Vorbild. Eine gewisse Innovationsfähigkeit hat die niederländische Regierung allerdings dabei bewiesen, möglichst viel Verwirrung zu stiften. Noch nicht einmal Ministeriumssprecher van Diepen kann zum Beispiel sagen, was der künftige Besitzer einer Solaranlage tun muss, um von der Subventionsagentur Senternovem seine Förderung zu bekommen, und welche Voraussetzungen er erfüllen muss. »Da muss man noch warten, weil es immer wieder Veränderungen gibt«, sagt er.

Solaraktivist Segaar glaubt, dass derartige Dinge kein Zufall sind. Das niederländische Wirtschaftsministerium, das in Energiefragen ähnlich konservativ ist wie sein deutsches

Pendant, wolle möglichst viel Wirrwarr stiften, um so die Einführung der Photovoltaik möglichst zu verhindern.

Der sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete Diederik Samsom, der seit Jahren eine Einspeisevergütung fordert, ist da schon zufriedener: »Ich bin froh, dass die Sonnenenergie diesmal überhaupt gefördert wird. Das war nämlich bei der alten Regelung nicht der Fall.« Allerdings hält Samsom, dessen Partij van de Arbeid mit den Christdemokraten in der Regierung sitzt, das Budget für ziemlich knapp bemessen. »Ich bin davon überzeugt, dass wir das Budget erhöhen müssen.« Während das noch Zukunftsmusik ist, peilt das Wirtschaftsministerium bei einem anderen Posten bereits eine Erhöhung an: Die Verwaltungskosten zum Ablehnen von Anträgen auf Solarförderung sollen in diesem Jahr noch bei bescheidenen 30.000 Euro liegen. Für 2011 geht man indes schon von 320.000 Euro aus.

Christoph Podewils